

## **Wer hat Angst vor dem Volk?**

### **Direkte Demokratie ist Ergänzung, nicht Ersatz für die repräsentative Demokratie**

Der freiheitliche Landtagsabgeordnete Pius Leitner fordert einen klaren Zeitrahmen, innerhalb dessen das Gesetz zur Direkten Demokratie im Landtag behandelt werden soll. Es gehe darum, aus dem bestehenden Gesetz und dem Vorschlag, für den sich vor einem Jahr 114.884 Bürger ausgesprochen haben, einen für alle verständlichen Text auszuarbeiten und so zu beschließen, dass klare Spielregeln herrschen und keine Trickereien möglich seien, wie derzeit im „Fall Ried“. Wichtig sei, die Zugangskriterien für Volksabstimmungen zu erleichtern und das bisherige Beteiligungsquorum deutlich abzusenken.

„Wir Freiheitlichen verstehen uns als Bürgerrechtsbewegung, die den mündigen Bürger in den Vordergrund stellt. Deshalb lautet unser Motto seit jeher; Freie Bürger in einem freien Land! Es ist eine auffallende Zeiterscheinung, dass immer mehr Bürger politik(er)verdrossen sind. Die politischen Entscheidungen werden in einer Weise getroffen, dass sie vom ‚Normalbürger‘ nicht mehr verstanden werden. Letzte Beispiele dafür sind die klinische Reform und die Oberstufenreform mit dem Schulverteilungsplan. Die Ohnmacht gegenüber den Regierenden wächst, was auch zur Folge hat, dass die Wahlbeteiligung ständig sinkt. Wir leben in einer Parallelgesellschaft: hier das Volk, dort die(Macht)Politiker. Direkte Demokratie ist kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Dafür müssten die Politiker eigentlich froh sein. Sie sollten froh darüber sein, wenn sie aus den Reihen der Bürger Anregungen erhalten. Nur durch die direkte Bürgerbeteiligung hat der Politiker die Garantie, die Anliegen der Bürger zu erkennen und sie einer Lösung zuzuführen. Es ist ein Gebot der Stunde, sich jenem Zeitgeist zu widersetzen, wo die

politischen Entscheidungen in die Hände von immer weniger Menschen gelegt werden. Es herrscht die Tendenz, das politische Gewicht immer mehr von den Parlamenten zu entfernen und den Regierungen und den ‚Experten‘ zuzuteilen. Diese Tendenz entspricht auch der Südtiroler Binnenlogik, ist aber mit Sicherheit der falsche Weg. Wenn man Begriffe wie Subsidiarität und Eigenverantwortung ernst nimmt, muss man den umgekehrten Weg gehen. Die demokratische Substanz der Politik ist zu stärken und die Kompetenz der Bürger aufzuwerten. Die Angst, dass mehr direkte Demokratie gegen die Parteien gerichtet sei, kann ich nicht teilen. Wenn eine Partei vor der Meinung der Bürger Angst hat, ist es um deren innerparteiliche Demokratie und Dialektik schlecht bestellt. In Südtirol, wo immer noch eine Partei mit absoluter (Mandats)Mehrheit regiert, hat es die direkte Demokratie sicherlich schwerer. Aber ohne direkte Demokratie und ohne Bürgerbeteiligung wird eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse erst recht schwer zu erreichen sein. Es bleibt zu hoffen, dass innerhalb weniger Monate ein Gesetz beschlossen wird, damit in Südtirol eine neue Qualität der Demokratie heranwachsen kann. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes bedeutet, so müssen Parteien wieder zu dessen Dienern werden“, so Leitner.